Gütersloh
DER BÜRGERMEISTER

B e r a t u n g s e r g e b n i s

der 4. öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 11.05.2021

4. Situation von Zugewanderten im Bildungssystem in der Stadt Gütersloh

Herr Matthes erläutert, man habe in der Vergangenheit anlassbezogen zu diesem Thema berichtet. Nun wolle man gerne der Bitte nachkommen, auch vor dem Hintergrund der Neuzusammensetzung des Ausschusses, einen allgemeinen Überblick in die aktuelle Situation zu geben. Herr Jähner werde die bereits in der letzten Sitzung verteilten Unterlagen zu statistischen Daten erläutern. Anschließend würden die Vertretungen der Schulleitungen aus den Schulen berichten.

Herr Jähner weist auf eine Änderung der Unterlagen in Vergleich zur Tischvorlage hin und stellt anhand der beigefügten Präsentation die Zahlen zu den jungen Migranten vor.
Zu Folie 7 weist er darauf hin, dass die Bezeichnung „ Arabische Republik…“ unvollständig sei und die Punkte durch „Syrien“ zu ersetzen seien.

Herr Nickella (GRÜNEN) zeigt sich verwundert, dass es keine Angaben zu der Nationalität „Türkei“ gebe.

Herr Jähner sichert eine Prüfung und Beantwortung mit dem Protokoll zu.
(Anmerkung: Die Antwort ist als Anlage dem Protokoll beigefügt.)

Frau Hollmann (SPD) fragt, ob es Untersuchungen gäbe, die darstellten, welche Bildungsabschlüsse diese Kinder erreichten und wie hoch die Quote der Schulabbrecher in diesen Gruppen sei. Daraus könne man dann ggfls. den Handlungsbedarf der Kommune ableiten.

Frau Godt (BfGT) meint, man könne aus den Zahlen die Notwendigkeit weiterer Hilfen für die Schulen in den Sozialräumen mit hohem Migrantenanteil ableiten.
Die meisten Probleme entstünden in der Kommunikation mit den Schüler*innen und deren Eltern bzw. Erziehungsberechtigten. Hier könne man die digitalen Kommunikations-Apps nutzen. Zum Beispiel biete School-Fox die Möglichkeit, Mitteilungen in verschiedene Sprachen zu übersetzen. Dennoch blieben Probleme zum Beispiel durch Analphabetismus der Eltern oder durch die Handhabung der App.
Die Ausweitung der Schulsozialarbeit und außerschulischen Hilfen in den Sozialräumen, die Sommerschule sowie die Vernetzung mit den Stadtteilvereinen seien weitere Ansätze. Man halte zudem eine Befragung der Schulsozialarbeiter*innen nach notwendigen weiteren Unterstützungsbedarfen für sinnvoll. Weiterhin schlage sie einen Verweis an den Jugendhilfeausschuss mit der Entwicklung weiterer Hilfemöglichkeiten vor.

Herr Ködding (Schulleitungen Primarstufe) berichtet, dass an allen Gütersloher Schulen eine Willkommenskultur herrsche. Alle 17 Grundschulen hätten sehr unterschiedliche Situationen. Der Bericht solle daher die Vielfalt der Schulen abbilden.
Der Zuzug aus Südosteuropa habe den Flüchtlingszuzug mittlerweile abgelöst.
Pandemiebedingt habe es einen großen Einschnitt gegeben. Man stelle fest, dass die Kinder, insbesondere während des Distanzunterrichts, weniger Fortschritte gemacht hätten als vor dieser Zeit. Die Schwierigkeiten lägen insbesondere in der Kommunikation und darin, Kontakt zu den Kindern und Familien zu halten.
Die zugewanderten Kinder kämen häufig ohne jegliche Kenntnisse der deutschen Sprache, seien psychisch auf sich allein gestellt und zum Teil traumatisiert. Wichtige alltägliche finanzielle und organisatorische Sachverhalte seien den Eltern oft nicht bekannt, wie zum Beispiel der Abschluss einer Versicherung für die iPads oder Verträge für die OGS. Die Mitarbeiter*innen in der Schule müssten sich oft selber erst informieren, um gut helfen zu können.
Die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, insbesondere die deutschen Sprachkenntnisse, hätten dabei großen Einfluss auf die Unterrichtsgestaltung allgemein.

Gerade in der Pandemie hätten zugewanderte Kinder nur wenige Kontakte, um ihre Deutschkenntnisse zu erweitern. Es seien unterschiedliche Lern- und Fördermaterialien notwendig.
In den Familien herrsche oft ein anderes Verständnis von Schulpartizipation des Bildungs- und Erziehungsauftrags. Informationsschreiben für die Eltern würden oft nicht verstanden. Sie würden zwar in verschiedene Sprachen übersetzt, aber bei der Vielfalt der Sprachen könne man nicht alle bedienen.

In Klassen würden häufig Kleingruppen gebildet. Es gebe zum Teil Internationale Klassen. An allen Schulen gebe es eine zusätzliche Sprachförderung für Deutsch als Zweitsprache. Die Kinder erhielten individuelle Lernpläne und Materialien. An allen Schulen sei soziales Lernen ein wichtiger Schwerpunkt für die Integration.
Man versuche, die neu zugewanderten Kinder in der pädagogischen Betreuung unterzubringen.
Die Schulsozialarbeit sei eine wichtige Unterstützung. Von daher sei man für den Ausbau in den letzten Jahren sehr dankbar. Die Kolleg*innen führen vermehrt zu den Familien nach Hause. In den Schulen gebe es viele Projekte, die zum Teil Corona-bedingt momentan nicht stattfinden könnten.
Des Weiteren gebe es außerschulische Förderung, zum Beispiel Lernförderung über das BuT, die Sommerschule oder Sprachcamps. Man kooperiere mit dem Jugendamt und Bildungsberatungsstellen. Sehr hilfreich seien auch die ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuer oder andere Familien mit den entsprechenden Sprachkenntnissen.
Generell habe sich die Arbeit in der Schule dahingehend geändert, als dass man viel näher an den Familien dran sei und das auch sein müsse.
Dadurch ergebe sich ein größerer Bedarf an Zeit- und Personalressourcen. Gerade im Zusammenspiel der multiprofessionalen Teams bedürfe es viel Zeit für eine gute Begleitung.
Man profitiere aber auch in besonderer Weise von der Vielfalt durch Einblicke in andere Kultur- und Lebensweisen. Auch für die eigene Herkunft werde Neugier geweckt und das eigene Selbstbild gestärkt. Toleranz werde entwickelt und gelebt. Der persönliche Umgang mit Kindern aus Krisengebieten fördere insbesondere die Empathie. Es sei generell eine Bereicherung des Miteinanders.

Aus der beschriebenen Situation ergeben sich Unterstützungsbedarfe, die zum Teil an den Schulträger gerichtet seien.
Einige Schulen hätten vermehrt unterjährige Aufnahmen von Kindern. Hier müssten zusätzliche Bücher angeschafft werden, die zusätzlich den Schulbuchetat belasteten. Generell sei eine Gleichbehandlung von Kindern aus EU-Ländern mit Flüchtlingskindern, was die Zuschüsse zur OGS an die OGS-Träger angehe, wünschenswert.
Man wünsche sich noch mehr Zeit für Schulsozialarbeit. Man sei in Gütersloh auf einem guten Weg, es gehe aber noch besser.
Weiterhin wünschenswert sei ein fester Ansprechpartner für die Familien bei der Stadt für alle Angelegenheiten. Dies würde das Personal in der Schule wiederum entlasten.
Ein Problem sei das zusätzliche Personal für die Förderung. Das Land könne oft keine Stellenanteile mehr zur Verfügung stellen. Man sei an dieser Stelle auf Stiftungen und Spenden angewiesen.
Weitere außerschulische Angebote seien zudem wünschenswert. Dort sei die Stadt ja bereits sehr engagiert.
Es gebe steigenden Raumbedarf für zunehmende Differenzierung, Ausweitung der OGS und auch dadurch, dass mittlerweile viel Personal den ganzen Tag an der Schule verbringe. Dort sei es erforderlich, Arbeitsplätze zu schaffen.

Herr Reckendrees (Schulleitungen Sekundarstufe) weist einleitend darauf hin, dass hinter den vorgestellten statistischen Daten Kinder stünden.
Die Ausführungen zu den Grundschulen träfen zunächst überwiegend auch für die weiterführenden Schulen zu.
Er betont, dass auch an den weiterführenden Schulen eine Willkommenskultur herrsche.
Er möchte in den weiteren Ausführungen grundsätzlich das Brennglas Corona ausblenden, da die Herausforderungen, die sich aus der Zuwanderung, aber auch durch die Inklusion ergäben, grundsätzlich gelten.
Im Mittelpunkt stehe die Heterogenität. Die Kinder kämen aus ganz unterschiedlichen soziokulturellen Elternhäusern mit zum Teil sehr unterschiedlichem Bildungsinteresse. Dieses variiere von klarer Zielsetzung für Bildungsabschlüsse bis zu der Ansicht, Schule sei im Herkunftsland nicht wichtig gewesen und müsse es hier auch nicht sein.
Die Lernvoraussetzungen seien sehr heterogen: Es gebe Schüler*innen, die bisher noch nie eine Schule besucht hätten und nun in der weiterführenden Schule alphabetisiert werden müssten. Auf der anderen Seite gebe es Schüler*innen, die in ihrem Heimatland das Gymnasium besucht und bereits mehrere Fremdsprachen erlernt hätten. Zum Teil hätten diese Kinder das Goethe-Institut besucht und

Deutschkenntnisse erlangt. Weiterhin gebe es Schüler*innen, die ins Gymnasium wechseln könnten, und auf der anderen Seite, die Kinder, bei denen ein Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs eingeleitet werden müsse.
Bis auf wenige Ausnahmen ist diesen Kindern gemein, dass sie mit Schuleintritt kein Wort Deutsch sprächen.
Die Kinder kämen zudem mit unterschiedlichsten Lebenserfahrungen. Vor wenigen Jahren seien es überwiegend Kinder mit Fluchterfahrung gewesen, die zum Großteil ohne ihre Eltern die Flucht über das Mittelmeer geschafft hätten und in Deutschland in Wohngruppen mit Betreuung untergebracht worden seien. Die Kinder brächten ein „dickes Päckchen“ mit und man erwarte dennoch, dass sie sich schnell an unsere Gewohnheiten anpassten und integrierten.

Vor diesem Hintergrund sei es eine besondere Schwierigkeit, eine individuelle Passung für die Schüler*innen zu finden.
An der Elly-Heuss-Knapp-Schule liege der Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf zurzeit bei 6,3 % (32 Schüler*innen). Ab einer Größenordnung von 15 Schüler*innen dürfe man eine internationale Klasse bilden, die mit 0,5 Lehrerstellen pro Klasse unterstützt werden könne. Dies sei für diese herausfordernde und wertvolle Aufgabe knapp bemessen.
An manchen Schulen würden die Kinder zunächst in Klasse 5 und 6 den internationalen Klassen zugewiesen. Schüler*innen, die ab Klasse 7 an die Schulen kämen, würden direkt in die Regelklassen aufgenommen. Der Vorteil sei, dass diese Kinder direkt in das deutsche Sprachbad eintauchten und von den Mitschüler*innen integriert würden. Die Alltagssprache sei schnell erlernt. Die Unterrichtssprache sei dagegen nicht so leicht zu erlernen, so dass es dafür individueller Förderung bedürfe Die Schüler*innen hätten alle einen individuellen Stundenplan und würden aus dem Regelunterricht für die individuelle Sprachförderung herausgezogen.
Ein weiteres Problem sei die Raumknappheit. Die Klassen seien so voll, dass man Kinder, die unterjährig aufgenommen werden sollen, ablehnen müsse. Man müsse in diesem Jahr zusätzlich schauen, wie viele Kinder pandemiebedingt Klassen wiederholen würden, was zusätzliche Aufnahmen von Seiteneinsteigern weiter erschweren würde. Eine wichtige Frage sei, wo man diese Seiteneinsteiger aufnehmen könne, um sich verantwortungsvoll um sie kümmern zu können.
Strategien im Umgang mit den Herausforderungen seien Teambildung, Vernetzung und Bildung von multiprofessionellen Teams. Alle Beteiligten - von Lehrkräften über Schulsozialarbeiter bis zu Übergangscoaches - müssten jedes einzelne dieser integrativen Kinder im Blick behalten und sich insbesondere über deren mögliche Schullaufbahn gemeinsam beraten. Hier stellten sich alle Kolleg*innen sehr engagiert dieser Aufgabe.

Die Integration der zugewanderten Kinder sei durch die Veränderung der Schulstruktur in Gütersloh noch einmal gesondert zu betrachten: Die Hauptschulen hätten viel Erfahrung und Kompetenz im Umgang mit integrativen Kindern aufgebaut. Diese Schulen seien bereits ausgelaufen bzw. auslaufend. Hier ginge viel Kompetenz und spezielle Strukturen, wie beispielsweise die BUS-Klasse oder die Klasse 9 F, verloren.
Eine weitere Ressource verliere man mit dem Auslaufen der Freiherr-vom-Stein-Schule. Es müssten nun weniger Schulen diese Kinder aufnehmen. Man müsse schauen, dass die Aufnahme ausgeglichen sei.

Neben den vielen Herausforderungen und Aufgaben sehe er auch viele Vorteile:
Aus den Medien nur anonym als „Flüchtlinge“ bekannt, hätten sie ein Gesicht und einen Namen erhalten und würden als Klassenkamerad gesehen. Dies habe zum Abbau von Ressentiments und zur Vereinfachung der Integration geführt.
Diese Vielfalt habe den Schulen insgesamt gutgetan.

Frau Freifrau von Hirsch (FDP) fragt, wie das Angebot der Aufnahme in die OGS angenommen werde und ob die Einführung eines Tutorensystems in den weiterführenden Schulen in Betracht käme bzw. umgesetzt werde.

Herr Ködding (Schulleitungen Primarstufe) berichtet, dass das Angebot der OGS bis auf ganz wenige Ausnahmen von den Eltern angenommen werde.

Herr Reckendrees (Schulleitungen Sekundarschulen) erläutert zum Tutorensystem, dass dies quasi automatisch passiere, dadurch dass man versuche, die Kinder in Klassen aufzunehmen, in denen es bereits Kinder mit der gleichen Herkunft und Muttersprache gebe. Dieses Vorgehen berge zwar die Gefahr, dass diese Kinder dann nicht so schnell Deutsch lernten, auf der anderen Seite sehe

er den unschätzbaren Vorteil, dass ein Kind Fragen des Klassenkameraden entweder direkt beantworten könne oder als Übersetzer diene. Dies gebe den Kindern eine große Sicherheit im Übergang.

Herr Thiesbrummel beantwortet die eingereichten Fragen der GRÜNEN-Fraktion.
(Anmerkung: Die schriftlichen Antworten sind Anlage des Protokolls.)

Herr Dr. Goecke (SPD) erklärt, der in der Vergangenheit gestellte Antrag für Unterstützungsangebote zum Aufholen des Lernstoffes habe sich mittlerweile in eine andere Richtung verschoben. Es müsse verstärkt der Fokus auf das soziale Lernen und das Ich-Stärken gelegt werden. Es gehe um viel mehr als das Aufarbeiten des reinen Lernplans. Dieser sei geduldig, man könne das ein oder andere in den kommenden Schuljahren wieder aufholen. Was sich jetzt allerdings bei den Kindern an sozialen Schwierigkeiten aufbaue, müsse jetzt aufgegriffen werden. Vielleicht könne hier der Bildungsfonds das ein oder andere Projekt unterstützen, das nicht über die Landes- und Bundesmittel gefördert werden könne.

Frau Ziegele (BfGT) fragt, ob und wie der im Ausschuss für Soziales, Familie und Senioren (SFS) gestellte Antrag für die WLAN-Anbindung in allen Flüchtlingsunterkünften auf den Bildungsausschuss übertragen werden könne.
Auf die Frage im ASFS, ob Niehorst nun mit WLAN und mobilen Routern versorgt sei, wurde von Seiten der Verwaltung geantwortet, dies sei der Fall. Nach ihrem Stand von gestern sei Niehorst nicht versorgt.

Herr Thiesbrummel berichtet; man habe geklärt, welche mobilen Router benötigt würden und Fragen zum ermäßigten Telekom-Tarif beantwortet. Mit dem Bildungsfond sei ein Prozess festgelegt, wie die bedürftigen Kinder den Router bekommen: Die Eltern sollen sich bei der Schule melden, diese wiederum gebe den Bedarf an den Schulträger weiter. Der IT-Service werde dann die Geräte beschaffen und ausgeben. Der Bildungsfonds werde finanziell unterstützen.

Herr Matthes ergänzt, dass der Fokus im Bildungsausschuss ein anderer sei als im ASFS. Hier habe die Versorgung der Schüler*innen mit Internet höchste Priorität. Im AFSF sei das Thema Teilhabe insgesamt, unabhängig davon ob es sich um Familien mit Kindern im Distanzunterricht handele. Dies sei aber insgesamt vom Prüfauftrag erfasst.